Schlesische Zeitung

Nr. 494 Abendblatt Freitag, 20. Oktober 1922 Verlag von Wilh. Gottl. Korn Einzelpreis 3 Mk.

Der Rücktritt Lloyd Georges.

Über die entscheidende Sitzung der englischen Konservativen im Carltonklub, durch die der Rücktritt der englischen Regierung herbeigeführt wurde, wird folgendes berichtet:

London, 19. Oktober. Zu Beginn der Sitzung gab Chamberlain eine Erklärung im Sinne seiner Rede in Birmingham vom letzten Freitag ab und sprach zugunsten der Aufrechterhaltung der Koalition, die nach seiner Ansicht sich dem Bolschewismus entgegenstellen wolle. Er gab klar und deutlich zu verstehen, daß, wenn man den Rat der unionistischen Führer zurückweisen würde, die letzteren eine derartige Zurückweisung nur als einen verhängnisvollen Fehler betrachten könnten. Die Rede Chamberlains wurde kühl aufgenommen. Der Präsident des Handelsamtes, Baldwin, sprach sich unbedingt gegen die Beibehaltung der Koalition und für die Rückkehr der konservativen Partei zur völligen Unabhängigkeit aus. Die Ernennung Bonar Laws beseitige die letzten Bedenken derer, die noch schwankten. Die Schlußfolgerung seiner Rede wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Der Haupteinpeitscher der Unionisten Leslie Wilson, teilte mit, daß er für die Beibehaltung der Koalition mit einem konservativen Premierminister stimmen werde. Balfour wurde mehrmals während seiner Rede unterbrochen. Er erklärte die Koalitionsregierung habe nichts getan, was das konservative Prinzip geschädigt hätte. Mehrere Abgeordnete unterbrachen ihn mit dem Rufe: „Nun — und Irland. — und Indien?" Ein Abgeordneter schlug vor, die Sitzung bis 3 Uhr nachmittags zu vertagen, um der Regierung Zeit zum Nachdenken zu lassen. Dieser Vorschlag stieß jedoch auf vielfachen Widerspruch und wurde zurückgezogen.

Wie schon gemeldet, wurde dann in der Sitzung der Beschluß angenommen, daß die konservative Partei sich von der Koalitionsregierung lossagen solle. Infolgedessen gaben die konservativen Mitglieder der Regierung ihre Demission. Sie unterließen es aber nicht, in einem besonderen Schreiben dem Ministerpräsidenten ein Vertrauensvotum auszustellen. In dem Briefe, der in der englischen Presse veröffentlicht wird, heißt es nach einem Berichte unseres Pariser Sonderberichterstatters unter anderem:

Der heute auf der Konferenz im Carltonklub angenommene Beschluß machte es notwendig, unsere Demission dem Ministerpräsidenten anzuzeigen. Es ist richtig, daß die Resolution, der zufolge wir unseren Beschluß faßten, nicht unsere Demission notwendig machte, aber im Laufe der Debatte wurde es klar, daß die Verfasser der Resolution von uns fordern wollten, daß wir dem Ministerpräsidenten bekannt geben sollen, daß die Konservative Partei, wenn sie auch jetzt mit ihm weiter zusammenginge, nach erfolgreicher Wahl ihm die Ministerpräsidentschaft entziehen würde, obwohl zu einem solchen Wahlerfolg der Partei Lloyd George redlich beigetragen hätte. Dem Ministerpräsidenten eine solche Nachricht zu übermitteln, waren wir nicht bereit. Nach unserem Urteil leistete der Ministerpräsident dem Lande während des Krieges ungeheure Dienste. Mit seinem Mut und seinen Fähigkeiten trug er viel zur Vollendung des Krieges bei. Die Probleme, die sich nach dem Waffenstillstande uns gegenüber stellten, waren weit schwieriger, als die vorhergehenden. Aber der Rückgang des Handels, die Tätigkeit der Revolutionäre, die chronische Arbeitslosigkeit, die Finanznot und die dauernde europäische Krisis warfen eine Reihe Probleme auf, denen vorher eine englische Regierung nicht ins Auge zu sehen brauchte. Während der ganzen Periode teilten viele mit uns die Befürchtungen und Anstrengungen des Ministerpräsidenten. Wir wünschten ausdrücklich und einstimmig unsere Anschauung zu bekunden, daß die Fähigkeiten und die Anregungen des Ministerpräsidenten während dieser Periode ebenso klar zutage traten, wie während des Krieges.

Der Entschluß Lloyd Georges, sofort zurückzutreten, kam allen Kreisen überraschend. Noch für 3 Uhr nachmittags hatte er eine Abordnung der Arbeiterpartei zu sich bestellt, um mit ihr über die politische Lage zu beraten. Als die Abordnung erschien, empfing Lloyd George sie mit den Worten: „Es gibt keinen Ministerpräsidenten, ich habe soeben demissioniert, und meine Demission ist vom Könige angenommen worden."

In Frankreich hat der Rücktritt Lloyd Georges ungeheure Freude erregt. Man feiert Poincaré allgemein als den Sieger, der die Angriffe Lloyd Georges auf die Entente cordiale zuschanden gemacht habe, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr endlich bessere Beziehungen zwischen Frankreich und England eintreten würden. Der Rücktritt Lloyd Georges und seines Kabinetts muß natürlich auf die großen politischen Fragen eine unmittelbare Rückwirkung ausüben. Weder die Friedenskonferenz für den Orient, noch die große Brüsseler Finanzkonferenz werden zu den festgesetzten Terminen stattfinden können. Einzelne Blätter geben sogar der Befürchtung Ausdruck, daß der Rücktritt Lloyd Georges zu einer Annullierung der Beschlüsse von Mudania führen könnte und daß die kemalistischen Truppen, wenn sie wieder ihre Aktionsfreiheit zurückgewonnen hätten, den Vormarsch in die neutrale Zone und bis nach Konstantinopel fortsetzen würden. Welche Auswirkung der Rücktritt auf die Gestaltung des Reparationsproblems haben wird, bleibt abzuwarten.

Die Frage der Nachfolgeschaft Lloyd Georges scheint bereits gelöst zu sein. Man nimmt an, daß Bonar Law, der schon im Jahre 1916, als Lloyd George die Ministerpräsidentschaft übernahm, für diesen Posten in Frage kam, nunmehr die Leitung des englischen Kabinetts übernehmen wird. Er soll sich dem Könige gegenüber bereit erklärt haben, das neue Kabinett zu bilden, wenn er nach einer Besprechung mit den konservativen Mitgliedern des Ober- und Unterhauses von diesen eine zusagende Antwort erhalten werde. Als weitere Mitglieder des von Bonar Law zu bildenden Kabinetts werden genannt: Stanley als Schatzkanzler und Baldwin als Handelsminister. Auffällig ist allerdings, wenn es heißt, Bonar Law werde den unabhängigen Liberalen Sir Edward Grey als Minister des Auswärtigen berufen. Bonar Law beabsichtigt nicht, im Augenblick das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, diese sollen seiner Absicht zufolge erst im Januar oder Februar stattfinden. Viel Schwierigkeiten kann dem neuen Kabinett natürlich Lloyd George bereiten. Wie schon angedeutet, beabsichtigt er, aus seinen Anhängern eine neue Partei zu bilden, die dann in schärfster Opposition zu dem Kabinett Bonar Law stehen würde. Es ist daher begreiflich, wenn eine große Anzahl der englischen Blätter ihm den Rat erteilt, sich auf längere Zeit vollkommen von der Politik zurückzuziehen. Allerdings ist bei der ausgesprochenen Kampfnatur Lloyd Georges mit dieser Möglichkeit kaum zu rechnen.

Getreideumlage und Stickstofflieferung.

§§ Die preußische Hauptlandwirtschaftskammer hat in ihrer dritten Hauptversammlung eine Entschließung zu der Frage der Getreideumlage angenommen, die für eine 50prozentige Ermäßigung des Umlagefalls eintritt. Ferner schloß sich die Hauptlandwirtschaftskammer bezüglich der Bezahlung des Umlagegetreides dem Vorschlage der preußischen Regierung an, wonach die Bezahlung auch durch Lieferung von Stickstoff erfolgen kann.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages beantragten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei Herabsetzung der Umlage von 2½ auf 1½ Millionen Tonnen. Dr. Heim (Bayr. Volksp.) beantragte Herabsetzung auf 1½ Millionen. Außerdem beantragten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei die Festsetzung des Umlagepreises auf ¾ des Marktpreises. In der Aussprache beantragte Dr. Böhme (Dem.) die Mitberatung des preußischen Antrages an den Reichsrat wegen Lieferung von Chilesalpeter für das abgelieferte Getreide. Auch der preußische Ministerräsident Brauns und der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff traten dafür ein. In einem zur Beratung dieser Frage eingesetzten Unterausschuß überwog die Meinung, daß für das erste Drittel der Getreideumlage die Lieferung von Chilesalpeter nicht mehr in Betracht komme.

120 Milliarden Nachtragsetat.

Berlin, 19. Oktober. Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat die §§ 2 und 3 des Gesetzentwurfes zur Feststellung des vierten Nachtragsetats für das Rechnungsjahr 1922 angenommen. Darin wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, die zur Bestreitung der im Haushaltsplane für 1922 vorgesehenen einmaligen außerordentlichen Ausgaben von 120 Milliarden Mark im Anleihewege flüssig zu machen. Die zur Ausgabe gelangenden Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und Reichswechsel sowie die etwa zugehörigen Zinsscheine können sämtlich oder teilweise auf ausländische oder auch nach einem bestimmten Wertverhältnis gleichzeitig auf inländische und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar ausgestellt werden. Die Festsetzung des Wertverhältnisses sowie der näheren Bedingungen für Zahlungen im Auslande bleibt dem Reichsfinanzminister überlassen. Auch wird er ermächtigt, zwecks der zur Sicherung der Volksernährung erforderlichen Ankäufe von Auslands- und Inlandsgetreide Reichsschatzanweisungen bis zur Höhe von 120 Milliarden Mark auszufertigen. Dieser Kredit ist jedoch aus den Erlösen beim Verkaufe des Getreides abzudecken. Die Mehrkosten der Besoldungserhöhung für Reichsbeamte und Pensionäre bezifferte Staatssekretär Schröder auf etwa 48 Milliarden Mark.

*

Über die Frage des Frauenzuschlages zu den Gehältern der Beamten, über die zwischen Regierung und Gewerkschaften keine Einigung erzielt werden konnte, wurden im Reichstag Verhandlungen geführt, die ergaben, daß sich für den von der Regierung geforderten prozentualen Frauenzuschlag im Reichstag keine Mehrheit findet. Es wurde aus je einem Vertreter der Parteien ein Unterausschuß gebildet, der sich mit der Angelegenheit weiter beschäftigen soll.

Die Wohnungsbauabgabe.

Berlin, 19. Oktober. Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen hat sich heute mit der Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues befaßt. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns betonte, die Möglichkeit bestände schon heute für die Gemeinden, Wohnungen auszubauen. Allen Gemeinden gleichmäßig zwangsweise den Bau einer bestimmten Anzahl von Wohnungen aufzuerlegen, scheitere aber an der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse. Zur Beschaffung der Mittel stehe nur die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe zur Verfügung. Der Wohnungsbedarf belaufe sich auf 150 000. Ein Zuschlag um 500 Prozent würde nur die Herstellung von 15 000 Wohnungen ermöglichen. Deshalb schlage die Regierung eine Erhöhung auf 1500 Prozent vor. Das Ministerium sei bereit, jede Unterstützung zur Verbilligung der Baumittel zu leihen. Unmittelbar einzuwirken sei es aber nicht in der Lage. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erklärte, daß das Ministerium dafür sorge, daß Baustoffe für den Kleinwohnungsbau genügend geliefert werden. Ziegel würden genügend erzeugt, dagegen seien die Dachziegelfabriken bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, was auf den vermehrten Bau von Einfamilienhäusern zurückzuführen sei. Der Vertreter des Reichsernährungsministeriums wandte sich gegen den Vorschlag des Ausschusses, die Baugenossenschaften direkt mit Holz zu beliefern. Da von Bauholz nur etwa ein Drittel für Bauzwecke gebraucht werden könne, käme dieses Holz die Genossenschaften teurer als bei Kauf beim Händler. Die geringe Ausfuhr spiele keine Rolle angesichts des großen Inlandsverbrauchs. Die Inlandspreise hätten die Weltmarktpreise schon überschritten. Die zwangsweise Verbilligung des Bauholzes würde auf Kosten der Finanzen der Länder erfolgen müssen, da sie mehr als die Hälfte des Bauholzes liefern, und würde bei dem Privatwaldbesitz zu einem Verschwinden des Bauholzes führen. Deshalb sei die einzige Möglichkeit die Gewährung von Barzuschüssen. Abg. Leopold (dtn.) hielt die Wohnungsbauabgabe in der erforderlichen Höhe für untragbar. Der Ausschuß beschloß, die Beratung morgen fortzusetzen und zu dieser Sitzung die zuständigen Minister zum Erscheinen aufzufordern.

Anträge auf Hilfe für die Presse.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages hat am Donnerstag über einen Antrag Porsch (Z.) beraten, dem Landtage alsbald Vorschläge zu unterbreiten, durch die die Presse Preußens vor dem ihr drohenden Zusammenbruch bewahrt wird, wobei besonders zu prüfen wäre, ob dieser Zweck durch Maßnahmen erreicht werden könne, wie sie in Baden getroffen worden sind. Zu diesem Antrag ist ein weiterer Antrag Dr. Schweringe (Z.) eingegangen, der Ausschuß wolle beschließen:

1. Sofortige Bereitstellung von Staatsmitteln, aus welche den Zeitungen Kredit gewährt wird, um das Druckpapier zu bezahlen.
2. Sicherstellung ausreichender Papierholzmengen durch die Staatsforsten zu angemessenen Preisen.
3. Bei der Reichsregierung dahin zu wirken, durch das Staatsministerium den Papierpreis amtlich festzusetzen.
4. Erleichterungen auf steuerlichem Gebiete zu gewähren.
5. Detarifierung des Zeitungspapiers aus Klasse B nach Klasse D,
6. Diese Erleichterungen auch der Fachpresse zu gewähren.

Ein gemeinsamer Antrag der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten fordert, daß auf Vergünstigungen, die der Presse durch besondere Reichs- oder Landesgesetze gewährt werden, nur solche Verlage Anspruch haben, die die zwischen den Organisationen der Verleger und der Redakteure abgeschlossenen Tarife für Redakteure und Mitarbeiter erfüllen. Hauschild (S.) beantragt Abänderung des gemeinsamen Antrages dahin, daß auf die Vergünstigungen nur Verlage Anspruch haben, welche die für Redakteure und Mitarbeiter, sowie für das technische und das kaufmännische Personal abgeschlossenen Tarife erfüllen. In der Abstimmung wurde der durch den Antrag Hauschild ergänzte Antrag Schwering mit einigen Änderungen angenommen. Nach diesen Änderungen sollen Staatsmittel außer den Zeitungen auch den Fachzeitschriften zur Verfügung gestellt werden. Die Detarifierung des Zeitungs-Druckpapiers soll aus Klasse B nach Klasse D zu den halben Sätzen der ermäßigten Stückgutklasse erfolgen.

Aus dem Reichsrat.

Der Reichsrat nahm am Donnerstag ein Gesetz über die Erhaltung der Kriegergräber aus dem Weltkriege an. Zur Erhaltung der Gräber sind danach das Reich und die Länder verpflichtet, aber nur in Ergänzung der Pflege, die den Kriegergräbern von anderer Seite zuteil wird. Die Vorlage setzt ein dauerndes Ruherecht für die Grundstücke fest, auf denen sich Kriegergräber befinden.

Das Gesetz zur Abänderung des Reichswahlgesetzes wurde unter Abänderung einiger Beschlüsse der Ausschüsse angenommen. Es handelt sich u. a. um die Neueinteilung einiger Wahlkreise. Der deutschbleibende Teil von Oberschlesien mit 1 303 852 Einwohnern soll als eigener Wahlkreis bestehen bleiben. Er wird mit den beiden niederschlesischen Regierungsbezirken zu einem Wahlkreisverband vereinigt.

Die Frage der Festsetzung eines Ruhegehaltes für den Reichspräsidenten wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit beraten. Die nächste Sitzung findet am Montag statt.

Verschiedene Mitteilungen.

— **Zur Präsidentschaftsfrage** hat Forstrat Escherich an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem der Beschluß der Parteiführer, die vorläufige Reichspräsidentschaft durch einen Parlamentsbeschluß in eine verfassungsmäßige umzubiegen und auf Jahre hinaus zu verlängern, als unvereinbar mit dem Gedanken der Nationalversammlung und als Bruch der geltenden Verfassung bezeichnet wird. Forstrat Escherich spricht die Hoffnung aus, daß der Reichspräsident auch entgegen dem Beschluß der Parteiführer und des Parlaments die Neuwahl fordern wird.

* **Über die Berliner Besprechungen des Marquis de Lubersac** weiß der Vertreter des „Petit Parisien" zu melden, daß man besonders technische Einzelheiten bezüglich der Einfuhr von Rohstoffen nach Frankreich regelte. Da auch ein Vertreter der Ackerbaugenossenschaft an den Besprechungen Lubersacs teilnahm, schließt man daraus, daß Abmachungen wegen Lieferung von Dünger und landwirtschaftlichen Maschinen getroffen wurden. Der „Matin" erklärt, daß eine große Ziegellieferung von mehreren Millionen (Stück oder Mark?) abgeschlossen worden sei. Stinnes werde nach Paris kommen, sobald die erste Lieferung erfolgt sei.

§§ **Zu einer Aussprache über die Vorgänge am Zirkus Busch** empfing der preußische Minister des Innern Severing im Landtage Vertreter der Deutschen Volkspartei. In der Aussprache wurden, wie es heißt, besonders die vom Minister beabsichtigten Disziplinarmaßnahmen gegen die schuldigen Polizeibeamten sowie die damit zusammenhängenden Personalveränderungen erörtert.

§§ **Ein Motorrad-Unfall des Kronprinzen** wird aus Wieringen gemeldet. Der Kronprinz soll sich eine Fußverletzung zugezogen haben.

§§ **Die Diäten für die Reichstagsabgeordneten** sollen einem sozialdemokratischen Antrage zufolge auf ein Viertel des Gehalts eines Reichsministers einschließlich der Teuerungszulagen, aber unter Ausschluß der Familien- und Kinderzulagen festgesetzt werden.

§§ **Die Frage des Streikrechts der Beamten** hat das Reichsgericht in Leipzig ebenfalls verneint, indem es sämtliche Revisionsanträge der seinerzeit bestraften Eisenbahnbeamten verwarf.

— **Ausstand bei Krupp.** Zu Arbeiterentlassungen bei Krupp hatte die unvermittelte Arbeitsniederlegung durch 700 Arbeiter geführt, die sich während der Arbeitszeit entfernt hatten, ohne die Leitung davon zu verständigen. Die Folge ist eine Ausstandsbewegung unter der gesamten Belegschaft. Man glaubt aber nicht, daß die eingeleitete Urabstimmung eine Mehrheit für den Ausstand ergeben wird.

Gewinn-Auszug
der
20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie

6. Klasse — 8. Ziehungstag — 18. Oktober 1922

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Abteilung 1 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 10000 M 200428
10 zu 5000 M 156963 161424 261811 286188 360131
186 zu 3000 M 8718 14040 15901 16688 25085 28972 29278 41706 48996 66377 71868 72072 73715 76.55 77619 78829 81185 99211 109604 1189 6 117287 120195 122122 126969 13.259 137701 141905 142036 15.36 178108 180.89 188360 200398 260434 200996 201527 209286 220806 228053 228608 236448 2290.7 231517 235719 237088 289509 252173 252895 .5 643 270660 271290 272452 283276 285464 286718 29.005 292833 301982 304694 312460 313193 314869 333163 348641 349660 359531 361563 368147 369667

In der Abteilung 2 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 15000 M 613.9
8 zu 0000 M 69985 136252 160995 213681
20 zu 5000 M 14720 25454 40059 44901 61165 118026 236997 299380 304174 345338
118 zu 3000 M 4392 11190 13270 55867 57983 59092 60726 71618 71825 72251 87590 93868 105199 110098 125960 127642 147754 153315 156660 159372 171607 17.692 177628 181663 187511 194433 196783 197816 208591 20.018 215773 219572 230704 234620 238283 239006 239272 242481 245484 251384 259140 269083 270539 277470 280404 285 46 291067 293923 300803 301708 315677 325645 340234 342919 348410 366629 369149 371922 372728

In der Abteilung 3 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 15000 M 117742
12 zu 10 00 M 16226 54496 68170 94010 120467 200908
24 zu 5000 M 53764 118187 130066 136708 168168 203020 244828 256666 .99597 301940 317580 351039
135 zu 3000 M 1847 8820 12280 21823 22460 23507 32706 42182 43616 50331 5820 72.82 74681 85560 92778 99882 110109 111225 121490 123117 124095 137713 138823 146121 152601 159360 163369 1666.2 172599 178307 183387 194488 201642 201819 204466 207443 208877 212676 225113 226454 233282 248992 253704 267660 272951 273.07 275360 278544 285592 299026 306719 311924 312840 312884 320321 326099 329139 334757 337436 338213 338478 342674 346968 351666 356608 359440 361489 368446 371867

Schlesien.

Los von Versailles!

* Der Bund für Recht und Wahrheit ist auf dem besten Wege, neben den politischen Parteien ein erfolgreicher Vorkämpfer für die Idee der Forderung einer Abänderung des Schanddiktats von Versailles zu werden. Jedenfalls kann der Bund mit seiner Breslauer Versammlung am Donnerstag Abend im dichtgefüllten großen Konzerthaussaal zufrieden sein. Besuch und Verlauf bewiesen, wie nötig die Zusammenfassung aller Deutschen zu einer einheitlichen Front gegen den Versailler Vertrag ist.

Kaufmann Weidner, der Vorsitzende des Bundes, begrüßte die Erschienenen und erörterte kurz die Ziele des Bundes, der nicht Chauvinismus treiben, sondern überparteilich mit den Waffen des Geistes für Recht und Wahrheit, wie sie durch den Versailler Vertrag unterdrückt worden sind, eintreten wolle. Als erster Hauptredner sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Herschel. Er schilderte die Not unserer Wirtschaft, wie sie der Vertrag verschuldet, und sprach von den Sorgen der Städte, von der Bedrängnis Oberschlesiens und der Rheinlande während der Besatzungszeit, kennzeichnete an Hand der tatsächlichen Verhältnisse im heutigen geteilten Oberschlesien das große Unrecht des Genfer Diktats, das aus dem Versailler Vertrag heraus geboren ist, und beleuchtete eindringlich die wichtigsten Fragen unseres durch die Valutaverhältnisse völlig vermilderten und auf den Kopf gestellten wirtschaftlichen Lebens. Nur die Abkehr vom Vertrage könne helfen. Ein Moratorium und eine große internationale Anleihe seien die Mittel zur Besserung. Dabei müßte die Schuldfrage restlos aufgeklärt und die Erstrebung der Freiheit von den wirtschaftlichen Fesseln unablässig in den Vordergrund gerückt werden. Aber auch die Menschen in Deutschland selbst müßten sich ändern. Schlemmerei und Luxus müßten ein Ende finden, und vor allem habe der verderbliche Zank der Parteien zu schweigen. In allen Bestrebungen aber müßte die nationale Würde gewahrt werden. Wir wollen keine Gnade, sondern nur Gerechtigkeit!

Die gewaltigen Fesseln des Vertrages in sozialer Hinsicht schilderte Stadtverordneter Konitz. Wenn man bedenke, welche ungeheure Summen im Reichshaushalt für Zahlungen an die Feinde vorgesehen und wie wenig dagegen für soziale Zwecke, für unsere Kriegsopfer, für alle Notleidenden darin enthalten seien, dann bekomme man erst das richtige Bild unserer Not. So scheine es, als ob eine schreiende Ungerechtigkeit den Armen in Deutschland nicht die erforderliche Unterstützung zuteil werden lasse, während in Wirklichkeit durch den Vertrag alles übrige Geld verschlungen werde. Unsere Sozialpolitik könne erst dann eine andere werden, wenn wir von dem Vertrag losgekommen seien. Durch ihn werde das Versprechen vom Dank des Vaterlandes an die Kriegsopfer unmöglich zu halten gemacht. Die Fürsorge für die Kranken reiche nicht mehr aus. Die Wohnungsnot steige ins Ungeheure, und die Lungentuberkulose nehme in Deutschland erschreckenden Umfang an. Die Revision müsse kommen, damit wir leben können, und dazu habe jedes Volk der Welt sein gutes Recht.

Universitätsprofessor Dr. Bornhausen sprach dann über die geistige Erneuerung unseres Volkes. Nicht der leicht zu beschreitende Weg der Verzweiflung, der Gleichgültigkeit und des Entsagens sei der richtige, wohl aber der dornenreiche, auf dem es gelte, den Vertrag von Versailles zu überwinden. Doch nicht nur mit Reden sondern mit Taten müsse dieser Weg beschritten werden. Die Regierung müsse immer wieder dazu angehalten werden, mit Gründen des Rechts und der Gerechtigkeit den Feinden unser Los klar zu machen. Das könne sie aber nur, wenn sie in diesem Bestreben vom ganzen Volke unterstützt werde. Der Redner gab dann packende Bilder von der deutschen Uneinigkeit und forderte die Einigkeit des deutschen Geistes, die Deutschlands Erneuerung bedeute. Wir müßten über die Eigenbrödelei hinweg zur einigen Front kommen. Keine deutsche Partei sei ein Feind des Volkes, nur in der Zwietracht liege die große Gefahr. Erst wenn die geistige und soziale Einheit Deutschlands hergestellt sei, können wir eine Besserung erwarten.

Allen drei Rednern dankte sehr starker Beifall für ihre Worte. Der Vorsitzende brachte dann folgende Entschließung zur Abstimmung, die ohne Widerspruch angenommen wurde:

Die im Breslauer Konzerthaus auf Einladung des Deutschen Bundes für Recht und Wahrheit tagende vieltausendköpfige Versammlung aller Parteien und Schichten der Bevölkerung erklärt es als die heiligste Pflicht des deutschen Volkes, eine Revision des Vertrages von Versailles zu erstreben. Sie fordert von der Regierung, daß sie alle ihr geeignet erscheinenden Schritte zur Erreichung einer Änderung des Versailler Vertrages ungesäumt ergreift, da die von unseren Kriegsgegnern für ihre ungeheuerlichen Forderungen vorgeschützten moralischen und Rechtsgründe sich als unwahr und nichtig erwiesen haben.

Nach vorsichtiger Schätzung dürften mehr als 3000 Personen an der Versammlung teilgenommen haben; viele mußten am Saaleingang wegen Platzmangels umkehren. Sämtliche Behörden waren vertreten. Oberpräsident Zimmer war selbst anwesend. Einzelne Störer, die wohl auf Aufforderung der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung" an der Versammlung teilgenommen haben, wurden rasch durch die geschlossene Meinung der Versammelten zur Vernunft gebracht.

Vom Hochwasser.

* Der Scheitel der Hochwasserwelle hat nach den heutigen Pegelständen Breslau durchlaufen. Das Wasser ist bereits stark abgefallen. Auch im Stromteile unterhalb Breslaus ist der Scheitel schon über Dyhernfurth hinaus.

Personalnachrichten.

* Geheimrat Dr. Gretener wird seinen 70. Geburtstag auf dem Lande im engsten Kreise seiner Familie begehen.

* Der Regierungsassessor von Stockhausen von der Regierung in Oppeln, beschäftigt in der Reichskanzlei, ist zum Regierungsrat ernannt worden.

— **Hirschberg**, 17. Oktober. Mit den drohenden neuen Steuerbelastungen des Mittelstandes beschäftigte sich am Montag eine von der hiesigen Ortsgruppe des Reichsschutzverbandes für Handel und Gewerbe, der Kaufmannssozietät, der freien Innungsvereinigung und dem Städtischen Bürger- und Gewerbeverein einberufene große Mittelstandsversammlung, in der die falsche Wirtschaftspolitik der Regierung wie der Stadt Hirschberg scharfe Kritik erfuhr. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde dagegen protestiert, daß der Fehlbetrag im Haushalt der Stadt Hirschberg durch die geplante Erhebung eines fünften und sechsten Gewerbesteuerquartals ausgeglichen werde, und daß der Beamtenschaft immer neue Gehaltserhöhungen bewilligt würden, die die Gewerbetreibenden aufbringen sollten und wozu man ihnen die letzten Reste ihres Betriebskapitals wegsteuere.

* **Breslau**, 20. Oktober. Ein Herbstmorgen voll Sonnenglanz überraschte die Bevölkerung heute, nachdem die letzten Wochen in trübstem Grau dahingegangen waren. Es scheint mit dem Herbst nicht viel besser werden zu sollen, als mit dem gänzlich verregneten Sommer. Herrliche Sonnentage, wie sie mit ihrer Schönheit alljährlich im Herbst uns beglückten, gab es dieses Jahr so gut wie gar nicht. Man hatte sich schon fast daran gewöhnt, die große Wärmespenderin nicht mehr zu sehen, und da der offizielle Wetterdienst, der in den letzten Monaten öfter als je den Unzuverlässigkeiten gewisser Wind- und Luftdruckverhältnisse unterlag, erst gestern wieder schlechtes Wetter angekündigt hatte, war die Freude, heute endlich einmal einen schönen Herbsttag zu erleben, umso größer. Freilich bildeten sich auch rasch wieder Wolken, welche die wärmende Kraft der Sonne, die jeder, nach dem kühlen Sommer und dem wenig angenehmen Herbst bisher, noch ganz gut vertragen kann, minderten, so daß der Genuß des ersehnten ersten Sonnentages ein reichlich frischer war. Auch dürfte sein Schimmer uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir wohl weiter mit dem „Herbst ohne Sonne" zu rechnen haben werden.

Handelsteil.

Berliner Dollarkurs: 3500—3600—3550.

Berlin, 20. Oktober. **Börse.** Anfangsbericht. (Eig. Tel.) Der Sturz des Kabinetts Lloyd Georges hat plötzlich vorläufige unübersichtliche politische Verhältnisse geschaffen und unsere Lage noch insofern verschlechtert, als die Reparationsfragen eine weitere für Deutschland vielleicht verhängnisvolle Verschleppung erleiden werden. Sehr ungünstig hat sich auch der Reichsbankstatus gestaltet, der für die zweite Oktoberwoche eine neue Steigerung des Notenumlaufs um 30½ Milliarde ausweist. Infolgedessen vollzogen sich sowohl am Devisenmarkt als auch am Effektenmarkt katastrophale Preissteigerungen. Das Devisengeschäft vollzog sich jedoch ruhiger. Dollarnoten, die im privaten Frühverkehr auf 3500 heraufgeschnellt waren, setzten mittags mit 3600 ein, weiterhin 3550. Montanpapiere waren zumeist stark steigend. Höher stellten sich: Bochumer 5100 (+ 625), Deutsch Luxemburger 5100 (+ 660), Essener Steinkohlen 5400 (+ 600), Gelsenkirchener 5725 (+ 100), Harpener 11 500 (+ 1900), Hohenlohe 2950 (+ 230, Kattowitzer (+600) Köln-Neuessen 560 (+ 700), Laurahütte 5100 (+ 725), Lothringer Hütte 3550 (+ 325), Mannesmann 3850 (+ 575), Oberbedarf 2450 (+ 240), Caro 2100 (+ 125), Phönix 6100 (+ 875), Rheinische Braunkohlen 6400 (+ 200), Rheinstahl 5150 (+ 250), Riebeck 5800 (+ 350), Rombacher 2475 (+ 420), Oberkoks 4900 (+ 75). Dagegen schwächten sich Hösch-Aktien 5700 um 70 0Proz. ab. Von Kaliwerten erzielten die amtlich notierten Werte neuerliche Preissteigerungen, wie Deutsche Kaliwerke 5750 (+ 1250), Aschersleben 3700 (+ 300), dagegen waren die nichtamtlich notierten Kaliwerte unverändert. Ölwerte fester, besonders Internationale Petroleum-Union, die um 150 0Proz. auf 12 200 heraufgegangen waren, sich aber später auf 11 700 abschwächten. Deutsche Petroleum-Gesellschaft 3000, Erdöl 11 200. Kolonialwerte waren erheblich höher, wie Deutsche Kolonial-Gesellschaft 80 000, Südsee-Phosphat 8100, Sloman 3450, Kaoko 1800, Salitrera 145 000. Bankaktien neuerlich gefragt, wie Bank für elektrische Werte (+ 250), Berliner Handelsanteile (+ 1200), Deutsche Bank (+ 215). Von fremden Bahnen gewannen Österreichische Staatsbahn 600 Proz., Canada 1000 Proz., Baltimore 100 und Elektrische Hochbahn 50 Proz. Auch Schiffahrtsaktien sehr begehrt. Hamburg Süd (+ 45), Hapag (+ 40), Deutsch Australier (+ 100). Anilinwerte stiegen bis 200 Proz., Elektroaktien noch darüber hinaus. Von verschiedenen Industriepapieren tendierten höher: Chemische Griesheim (+ 150), Goldschmidt (+ 490), Rütgerswerke (+ 145), Scheidemandel (+ 550), Hugo Schneider (+ 280), Hammersen (+ 260), Norddeutsche Wolle (+ 250), Stöhr (+ 1000), Kahlbaum (+ 190), Ostwerke (+ 125). Heimische Staatspapiere sehr fest. 3proz. Reichsanleihe stiegen auf Auslandskäufe um 30 Proz. auf 625. Ausländische Anleihen steigend, z. B. Bagdadanleihe Ser. 1 (+ 900), Ser. 2 (+ 850), Türkenlose (+ 8750 M), Anatolier I (+ 12 250), Anatolier II (+ 1600), Ungarn Gold (+ 1200).

Berliner Notenkurse vom 20. Oktober. Anfangskurse. (Eig. Tel.) Dollar 3500—3600—3550, Holland 1390, Schweiz 650, Paris 266, Englische Noten 15 800, Prag 120, Polnische Noten 31¾, Rumänen 2150, Ungarn 129, Österreichische Noten 4,75.

Breslau, 20. Oktober. **Börse.** Die Festigkeit, die schon am gestrigen Devisenmarkte eingetreten war, machte heute weitere Fortschritte und der Dollar sprang auf 3600. Von Tschechischen Noten notierten große und kleine Stücke 115. Polnische Noten zogen auf 30½ G., 31 B. an. Auch Deutsch-Österreichische Noten lagen mit 3,90 fester. Devisen waren überwiegend gesucht, doch mußten Auszahlung Wien und Budapest gestrichen werden. Auszahlung Prag notierte man 114,71 G., 115,29 B. Auf dem Effektenmarkt wirkte diese große Devisensteigerung sehr belebend. Auf allen Marktgebieten war große Kauflust zu verzeichnen, der nur geringes Material gegenüberstand, so daß ein Teil der Kurse repartiert werden mußte. Am Kassaindustriemarkt lagen von Montanpapieren höher: Hohenlohe (+ 590), Oberbedarf (+ 105) und Caro (+ 210). Von Textilwerten stellten sich Kramsta um 175 Proz., Schlesische Textilwerke um 120 Proz., Meyer-Kauffmann um 55 Proz. und Gruschwitz Textil um 150 Proz. höher. Am Zementmarkt bestand Interesse für Groß-Strehlitzer (+ 285), Opelner (+ 75) und Groschowitzer (+ 100). Sehr begehrt waren Terrainwerte, von denen Kleinburger um 100 Proz. stiegen und repartiert werden mußten, Gräbschener (+ 39), Baubank (+ 40) und Immobilien (+ 51). Auch der Zuckermarkt hatte starke Kurssteigerungen zu verzeichnen. Hannauer stiegen um 600 Proz. und Fraustädter um 225 Proz., während Fröbelner um 50 Proz. nachgaben. Auch am Markt der Spezialwerte entwickelte sich großes Geschäft zu steigenden Kursen. Höher stellten sich: Breslauer Elektrische (+ 5), Feldmühle (+ 22), Flöther (+ 125), Ostwerke (+ 125), Archimedes (+ 590) repartiert, Fitgerswerke (+ 170), Deutscher Eisenhandel (+ 165), Huta (+ 185) repartiert, Linke-Hofmann (+ 75), Meinecke (+ 40), Ohle (+ 300), Waldenburger (+ 18), Hydrometer (+ 35), Residenzhotel mit 1450, Schles. Gas A mit 2150, B (+ 500), Striegauer Bürsten (+ 60), Schles. Blaudruck (+ 90) und E. W. Schlesien (+ 45). Im weiteren Verlauf stiegen Linke-Hofmann noch um 50 und Meyer Kauffmann um 25 Proz. Am Bankenmarkt lagen Schles. Bodenbank-Aktien mit 128 gleichfalls fester. Im freien Verkehr war das Geschäft auch recht angeregt. Fester lagen Starke u. Hofmann mit 930 G., 950 B., Fehr u. Wolf mit 930 G., 950 B., Ostdeutsche Elektrische 470 G., 490 B., und besonders Tiptner mit 690 G., 710 B. Christoph u. Unmack und Gorkauer Societätsbrauerei waren ziemlich unverändert. Der Markt der heimischen Anlagepapiere und Industrieobligationen war fester, blieb aber sonst ruhig.

Die Kurstabellen der Breslauer Börse waren bis Schluß der Redaktion nicht eingetroffen.

w. London, 18. Oktober. 4proz. Kriegsanleihe 85⅝, 5proz. Kriegsanleihe 100 13/16, 4proz. Siegesanleihe 88⅛.

w. London, 19. Oktober. Wechsel auf Paris 60,35, Belgien 65,14½, Schweiz 24,53½, Holland 11,42 7/8, Newyork 447¼, Spanien 29,10, Italien 106¾, Deutschland 145.

Produktenbörse.

Breslau, 20. Oktober. **Amtlicher Stimmungsbericht.** Getreide: Roggen, Hafer ohne Angebot; Weizen Gerste infolge der neuen Devisenhausse weiter anziehend. Preis für Sommergerste nom. Ölsaaten: Bei knappem Angebot fest. Preis nominell. Rauhfutter unverändert fest, Stroh Erzeuger-, Heu Händlerpreis. Mehl- und Mahlprodukte: Preise stark anziehend, feinste Sorten über Notiz.

Tägliche Amtliche Notierungen: für 50 Kilogramm:

Getreide:	20.	19.	Oelsaaten:	20	19.
Gerste, Sommer.	6500-7000	6100	Hanfsaat	—	—
(Winter)	—	—	Leinsamen	15000-16000	—
Hafer	—	6000	Mohn (blau)	—	—
Hirse	—	—	Raps (Wint.)	—	7000-7200
Roggen	—	6200	Senfsamen	—	—
Weizen	7400	6900			

Rauhfutter:	20.	17.		20.	17.
R.u.W.Drahtpreßst	1580-1600	1580-1600	geb.Gerst.u.Haf.-St.	1535-1555	1535-1555
R.-u.W.-Bdfpreßstr.	1560-1580	1550-1580	Rogg.-Str., Flegeld.	—	—
G.-u.H.-Drahtpreßstr.	1585-1595	1585-1595	Rogg.-Str., Breitdr.	—	—
G.-u.H.-Bdfpreßstr	1560-1590	1550-1590	Heu, gesund, trock.	850	850
geb.Weiz.-u.R.-Str.	1535-1555	1535-1555	Heu, gut, ges., trocken	900	900

Amtl. Notierung Dienstag u. Freitag für 100 kg Mühlenerzeugnisse:

	20.	17.		20	17.
Weizenmehl	22000-2 000	17500-18500	Auszugmehl	24000-27000	18500-20000
Roggenmehl	20000-22000	14500-15500			

Nichtamtlicher Bericht. Durch die katastrophale Devisenhausse bedingt, hielt die starke Aufwärtsbewegung aller Preise an, zumal die Zufuhren sehr schwach bleiben. Speziell alle Getreidearten wurden wieder höher bezahlt und die Notierungen erfuhren Erhöhungen. Weizen sehr fest. Roggen und Hafer ohne Angebot. Gerste fest. Hirse schwach angeboten. Ölfrüchte fest, mangels Ware fast geschäftslos. Senfsamen und Mohnsamen gesucht und wesentlich höher bezahlt. Hanfsamen fehlt jedes Angebot. Leinsamen in feiner Saat fehlend und weit über Notiz bezahlt. Für Raps in trockener, schwach angebotener Ware bestand wieder gute Kauflust zu höheren Preisen. Hülsenfrüchte wie Erbsen, Bohnen, Wicken, Pferdebohnen schwach angeboten, fest und gesucht. Lupinen beider Farben gesucht, ebenso Buchweizen. Am Kleesaatenmarkt bewegte sich das Geschäft in sehr engen Grenzen und blieb die Stimmung abwartend. Rotklee und Weißklee wenig angeboten und höher bezahlt. Schwedischklee neuer Ernte fehlte, ebenso Gelbklee schlesischer Herkunft. Grassaaten diesjähriger und vorjähriger Ernte gesucht, ebenso Luzerne. Mais sehr fest. Futtermittel sehr fest. Heu ausreichend zugeführt. Stroh sehr fest und fast ohne Angebot. Kartoffeln schwach zugeführt und fest. Mahlprodukte sehr fest.

New-York, 19. Oktober. **Produktenbörse. Baumwolle.** Tageszufuhren 47 000. Ausfuhr nach Großbritannien 9 000. Ausfuhr nach d. Kontinent 7000.

	19.	18.		19.	18		19.	18.
Baumwolle			**Petroleum**			**Weiz.** rotar	140	141
New York loko	23.05	23.05	Refined	16.50	16.50	hartgr.	141	142
New Orleans loko	22.50	22.50	Newyork	13.00	13.00	**Mehl**	5,25-5,00	5,25 6,00
Newyork Okt.	22.78	22.77	Crud. Bohnenöl	3.00	3.00	**Kaffee** Rio	10⅛	10⅛
Nov.	22.93	22.93	**Schmalz**	12.00	12.00	Dez.	9.20	9,16
Dez.	23.08	23.09	**Talg**, spezial	7.⅝	7.50	Mai	9.06	9,03
Jan.	22.87	22.90	**Zucker** centr	5,53	5.53	Mai	8.98	9.00

w. Chicago, 19. Oktober. Weizen kaum stetig, per Dez. 113, Mai 112¾, Mais kaum stetig, per Dez. 67⅝, Mai 67⅞, Schmalz per Okt. 10,90, Dez. 9,80, Speck 10,75—12, Schweinezufuhr im Westen 90 000, davon in Chicago 24 000.

Bunte Chronik.

r. Unter der Überschrift „Der schlagfertige Polizeipräsident" weiß die „B. Z." zu berichten, daß die Arbeiter der Berliner städtischen Elektrizitätswerke eine Kommission zum Polizeipräsidenten Richter geschickt und ihm die Forderung auf sofortige Freilassung der wegen der Krawalle am Zirkus Busch Verhafteten unterbreitet hätten. Sie haben, wie die „Rote Fahne" meldet, dabei gedroht, „den Laden dicht zu machen", wenn die Verhafteten nicht entlassen würden. Polizeipräsident Richter hat der Deputation geantwortet, daß sie tun mögen, was sie wollten, er sei auf alles vorbereitet. Er habe sich bereits zwei Lampen angeschafft. — Der Ton, den die „Schützer der Republik", als welche sich die Genossen doch fühlen, gegen den aus ihren eigenen Reihen stammenden Beamten anschlagen, ist bezeichnend für unsere heutigen Verhältnisse. Daß der Berliner Polizeipräsident auf derartig freche Zumutungen nur mit einem schlechten Witz antwortet, statt sofort energische Maßregeln einzuleiten, mag für die Berliner Bürgerschaft angesichts der ihr drohenden Niederknüppelung durch die Bolschewistenhorden recht beruhigend sein.

rdv. Ein neuartiger Versuch wird gegenwärtig, wie die „Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung" mitteilt, in Hamburg unternommen; die Elbestadt hat häufig unter starkem Nebel zu leiden, so daß es den Fahrgästen der örtlichen Verkehrsmittel zuweilen schwer ist, die Stationsnamen zu erkennen; das Ausrufen der Haltestellen würde eine Vermehrung des Personals bedingen, und deshalb will man jetzt versuchen, den Fernsprecher in den Dienst des Verkehrs zu stellen. Die Hamburger Hochbahngesellschaft hat in einem Probezug am Führerstande ein Mikrophon anbringen lassen und in jedem Wagen zwei lautsprechende Fernsprecher, die durch das Mikrophon betätigt werden; der Führer spricht rechtzeitig vor der Einfahrt in einen Bahnhof den Namen der Station in das Mikrophon, und in jedem Wagen ist seine Stimme, bedeutend verstärkt, zu hören; der Führer weist auch auf das Umsteigen hin und kann bei Verkehrsstockungen und Unfällen besondere Maßnahmen oder Warnungen dem ganzen Zuge bekanntzugeben. Von dem Ergebnis der Versuche, die dieser Tage begonnen haben, wird es abhängen, ob die Neuerung allgemein durchgeführt werden wird.

g. Ein Fall ganz besonderer Diebesfrechheit wird aus Saarau gemeldet. Dort statteten Diebe dem Gemüsegarten des Pfarrers Klimke in einer der letzten Nächte einen Besuch ab. Sie stahlen das gesamte Kraut und ließen einen Zettel mit den Worten: „Wer Gott vertraut, der braucht kein Kraut!" zurück.

n. Ein peinliches Mißverständnis passierte kürzlich dem Ministerpräsidenten Poincaré, als er wieder einmal in irgend einer Provinzstadt ein Kriegerdenkmal einweihte. Wie er am Bahnhof aus dem Zuge stieg, sah er vor sich das traditionelle weißgekleidete Mädchen mit dem Blumenbukett, das überall den Präsidenten zu begrüßen pflegt. Er drückte einen herzhaften Kuß auf die Wange der Kleinen und nahm ihr ihre Blumen ab. Aber, oh wehe, im selben Moment stürzte sich lautschreiend mit geschwungenem Regenschirm eine ältere Dame auf ihn und fauchte ihn an, was für Frechheiten er sich denn ihrer Tochter gegenüber erlaube. Jetzt aber trat das wirkliche offizielle Mädchen vor und sagte ihr Sprüchlein auf. Der verdutzte Poincaré beruhigte die versehentlich Geküßte, die ihren mit dem gleichen Zug ankommenden Vater erwartete, dadurch, daß er ihr nun die „offiziellen" Blumen überließ.

r. Staatsoberhäupter pflegen im allgemeinen recht beträchtliche Gehälter für ihre Tätigkeit zu bekommen. Eine merkwürdige Ausnahme aber machen, wie der „Matin" berichtet, in dieser Beziehung die beiden Herrscher der Pyrennäen-Republik Andorra. Diese Republik ist nämlich gar keine Republik, sondern eine Art von Doppelmonarchie; der eine der Monarchen ist der jeweilige Bischof von Urgel (in Spanien), der andere, seit 1278, der König von Frankreich, und als dessen Rechtsnachfolger der Präsident der französischen Republik. Alle zwei Jahre finden sich Vertreter der andorrischen Bevölkerung in Perpignan ein, um in der Präfektur für den Präsidenten der französischen Republik die Summe von 1920 Frcs. sozusagen als Zivilliste abzugeben. Ebenfalls 960 Frcs. erhält der Bischof von Urgel für sein Herrschertum. Trotz der allgemeinen Teuerung ist diese Summe bisher noch nicht erhöht worden.

Wasserstandsnachrichten.

	18.	19.	21.	+, -		18.	19.	21.	+, -
Ratibor	3.88	3,35	3,02	1,54	Breslau OP.	6.10	5,12	5.66	2,06
Cosel	2.56	1,9	1.56	0,88	Breslau UP.	+2.10	+2,16	+1,68	0.47
Krappitz	4.47	3,60	3.18	2,3	Ransern OP.	6.90	7,05	6.62	1.56
Neisse	—	—	—	—	Ransern UP.	6,32	6,62	6.22	1.12
„ Md. OP	5.00	4,90	3,76	3,78	Dyhernfurth	4.92	5,26	5,05	1,52
„ Md. UP	4,78	4,20	3,54	4,0	Glemau	+3,50	+3.60	—	1.44
Brieg OP.	6.30	6,08	5,68	1.37	Tschicherzig	—	—	—	1.08
„ Nortenkran	5,59	5.28	4,60	1.37	Fürstenberg	—	+1.92	—	30,08
Treschen	3,44	3,37	—	1.10	Temp. d. Od. 7 Uhr morg. + 6,5				

Auguierungshöhe für die Oder Ohle- und Schwarzwasser-Niederung Treschen 3,35

Mitteilungen des öffentlichen Wetterdienstes.

20. Okt.	Temperatur beste früh	Max. seit 24 Std.	Min. seit 24 Std.	Wind	Niederschl.	Wetter	20. Okt.	Temperatur beste früh	Max. seit 24 Std.	Min. seit 24 Std.	Wind	Niederschl.	Wetter
Rosenthal	1,6	6,5	1,0	0 3	—	heiter	Schreiberhau	—1	1	—1	N 0 3	0	neblig
Beuthen OS.	1	5	1	0 4	0	bedeckt	Görlitz	2	6	2	0 4	0	klar
Hanselschwardt	—	—	—	—	—	—	Grünberg	0	5	0	0 3	0	heiter
Friedland	1	8	1	S 0 3	0	neblig							

Wetternachrichten.

Das Hochdruckgebiet hat sich in zwei Teile geteilt, von denen der kräftigere über Island, der schwächere über Ostdeutschland und Polen liegt. Beide sind durch einen Rücken höheren Druckes verbunden, während nördlich davon Depressionen ziehen, von denen die südlichen in Frankreich und Westdeutschland, besonders aber in Südslavien und Italien kräftige Niederschläge verursacht haben. Die über Finnland lagernde Depression hat ihren Wirkungsbereich erheblich nach Süden hin ausgedehnt, so daß die Wetterlage wieder ein weniger erfreuliches Aussehen angenommen hat. Am Sonnabend müssen wir wieder mit zunehmender Bewölkung, gleichzeitig aber auch mit etwas Tageserwärmung rechnen, während bei klarem Himmel strichweise noch Nachtfröste auftreten.

Zunehmende Bewölkung mäßiger Wind, am Tage etwas Erwärmung, strichweise Nachtfrost.

Schauspielhaus. Heute: „Die beiden Nachtigallen."

Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. Richard Jottsch, für den provinziellen und den weiteren Inhalt der Zeitung: Otto Herrmann, beide in Breslau. — Druck von Wilh. Gottl. Korn in Breslau.